

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 236.

Dienstag, den 8. Oktober 1918.

25. Jahrg.

## Die Friedensnote an Wilson.

Die neuen Friedensnoten, die vom Rest des ehemaligen Vierbundes, Deutschland, Oesterreich und der Türkei, an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichtet worden sind, unterscheiden sich von allen früheren Friedensschritten, die unternommen wurden, durch ihre vollkommene Eindeutigkeit. Sie sprechen zwar nicht aus, aber deuten an, daß sie die gewaltige zahlenmäßige Ueberlegenheit der Gegner anerkennen und ihre zwar nicht sicheren, aber doch möglichen Folgen bei längerer Fortdauer des Krieges voraussehen. Der neue Reichskanzler, der mit seiner ersten Rede gezeigt hat, daß er nicht nur ein Prinz, sondern auch ein Mann ist, hat von einem Endkampf auf Leben und Tod gesprochen, der uns bevorstehe, wenn unser Friedensangebot abgelehnt wird in der Absicht, uns zu vernichten. Wir wissen, daß der Ausspruch des Reichskanzlers nicht zuviel sagte, wir wissen, daß wir in diesem Endkampf nicht mehr um blutige Eroberer-Lorbeeren, sondern nur noch um unsere Ehre kämpfen würden und um das Grundprinzip der Völkerdemokratie, das die Unterdrückung eines schwächeren Volkes durch einen Bund starker Völker verbietet, also nicht gegen sondern für Wilsons Grundzüge. Eintrüben aber dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß uns dieses letzte Entschicksal erspart bleiben wird. Der Sieg der Grundzüge Wilsons, zu denen wir uns bekannt haben, bedeutet auch das Ende des Krieges.

Das deutsche Volk wird sich nicht leichtsinnig in einen Endkampf auf Leben und Tod stürzen. Es ist bereit, zur Herstellung eines wahren Friedensbundes der Völker, zur Erreichung der großen Zwecke, die dieser Bund auch ihm bringen würde, Opfer zu bringen. Die Notwendigkeiten der Zeit müssen klar erkannt werden, und man muß stark genug sein, die notwendigen Schlussfolgerungen aus ihnen zu ziehen.

Jena oder Sedan? Das war in Friedenszeiten oft die Frage. Die Antwort, wie sie sich nach den bisherigen Ergebnissen des Krieges darstellt, heißt weder Jena noch Sedan! Die Schlacht von Jena wurde im Herzen Deutschlands geschlagen, ihr folgte der Frieden der Hoffungslosigkeit von Tilsit. Heute ist die militärische Widerstandskraft Deutschlands keineswegs erschöpft, aber die große Gefahr ist da, und der Reichstagspräsident hat es offen ausgesprochen, daß wir und unsere bisherigen Verbündeten auf dem Balkan und in Vorderasien schwere Schlachten verloren haben und daß wir auf unsere Westfront mit Zuversicht, aber nicht ohne Sorge blicken. Wie kam es, daß Deutschland in diesen gefährlichen Zustand hineingeriet? Die Junkerherrschaft hat uns vor mehr als hundert Jahren nach Jena geführt, die bewundernswürdige Kraft des deutschen Volkes hat uns in diesem Krieg vor einem Jena gerettet. Aber daß wir in diese ungeheure Gefahr hineingeraten sind, ist die Folge des Umstandes, daß wir uns trotz der furchtbaren Lehren von Jena nicht von der Junkerherrschaft zu befreien vermochten.

Wenn bis in die letzten Tage hinein von den Anhängern des Systems der sogenannten starken Monarchie und des Militarismus gesagt wurde, dieses System habe sich im Kriege glänzend bewährt, so tritt die Unwahrheit dieser Behauptung heute nackt zutage. Das System hat sich nicht bewährt und sein Zusammenbruch würde rasch und rettungslos gewesen sein, wenn nicht auch schon die Kräfte der Demokratie kräftig sich zu regen begonnen hätten. Der Reichstag des allgemeinen, gleichen Wahlrechts hat dem deutschen Volke die moralische Kraft gegeben, diese ungeheuren schweren vier Jahre zu überleben. Das Bewußtsein, daß der Kampf nicht um die Erhaltung alter Klassenprivilegien gehe, sondern daß Deutschland als ein freies Staatswesen aus diesem Kriege hervorgehen müsse, hat die Volksgenossen im selbstbraven Heroismus erhalten und hält sie jetzt erst recht aufrecht. Die Junkerherrschaft hat Deutschland in diesen Krieg hineingeführt. Sie hat die Kriegspolitik des Reiches in der unheilvollsten Weise beeinflußt, ihre Zeit gründlich mißverstanden, in wahnwitziger Ueberhebung die Verteilung der Kräfte völlig falsch eingeschätzt. Die Demokratie hat das Land verteidigt, sie hat sich zu einem rechtschaffenem und den weltlichen Verhältnissen angepaßten Kriegesprogramm bekannt und hat dieses gegen den fanatischen Widerstand der Gewaltpolitiker schließlich durchzusetzen vermocht, noch ehe der Zusammenbruch, der die notwendige Folge einer struppelosen Gewaltpolitik sein mußte, eingetreten war.

So ist es jetzt die Aufgabe der Demokratie, das heißt vor allem der sozialistisch gesinnten Arbeiterdemokratie, das deutsche Volk aus dieser Katastrophe in einen gesicherten Friedenszustand hinüberzuführen. Wenn dabei Opfer gebracht werden müssen, an die das deutsche Volk bisher nicht gedacht hatte, an die ein großer Teil von ihm vielleicht selbst heute noch nicht denkt, so ist es nicht die Schuld der Demokratie, sondern die Schuld ihrer Gegner, die Deutschland vor Kriegsausbruch beherrscht haben, die den Krieg, wenn sie ihn vielleicht auch nicht gerade wollten, so doch nicht zu vermeiden verstanden, und die einen rechtzeitigen Abbruch des Krieges durch ihre unsinnige Eroberungspolitik vereitelten. Wir sehen daher mit kühler Gelassenheit der Anlage einer nationalistischen Demagogie entgegen. Deutschland habe unter demokratischer Herrschaft, unter einer Regierung, der auch deutsche Sozialdemokraten angehören, einen bitter enttäuschenden Frieden geschlossen, einen „Schmach-

frieden“, wie sie ihn wohl vielleicht später einmal nennen möchten. Sollte der Frieden, den das deutsche Volk schließen wird, in manchen Punkten nicht so ausfallen, wie man es sich in Deutschland bisher vorgestellt hat, so tragen die Vertreter des alten Systems, die Anhänger der Gewaltpolitik die volle Verantwortlichkeit dafür. Wenn sie es wagen sollten, sich als Ankläger gegen uns zu erheben, dann ist ihnen erst recht die Anklagebart und das verdammende Urteil des Volkes sicher.

Es läßt sich, wie wir schon gestern sagten, voraussehen, daß die Antwort der Gegner nicht unbedingt ablehnend sein wird. Ob sie unbedingt annehmen werden, läßt sich aber nicht voraussehen. Vielleicht werden also den eigentlichen Friedensverhandlungen noch Vorbesprechungen vorausgehen. Sie müssen von deutscher Seite im Geiste eines echten Friedenswillens, einer wahren Völkerdemokratie geführt werden. Das deutsche Volk hat nichts zu beanspruchen und wird nichts beanspruchen als seine Selbsterhaltung als freie Nation.

## Die Lage.

Wir durchleben gegenwärtig wieder, wie schon so manchemal während der langen Kriegszeit, aufregende Tage und Stunden. Da ist es notwendig denn je, daß ein jeder sich die kühle, klare Ueberlegung bewahrt und ruhig den Dingen ins Auge schaut. Und die ruhige Ueberlegung sagt uns, daß heute über die Antwort, die die Entente auf das Angebot der Mittelmächte geben wird, noch nichts gesagt werden kann. Ist es doch selbstverständlich, daß Wilson seine Antwort erst nach einer Verständigung mit seinen Verbündeten geben kann und das geht, selbst im Zeichen des Dringens, nicht so schnell. Für uns kann also nur die offizielle Antwort Wilsons in Frage kommen, und nicht das, was die Presse der Entente oder ein einzelner Staatsmann der uns gegenüberstehenden Länder sagt. Solange diese Antwort nicht vorliegt, ist es mäßig, sich in Vermutungen zu ergen. Wir harren der Antwort an und werden darnach unsere weiteren Maßnahmen treffen müssen. Also ruhig Blut!

Von dem oben skizzierten Gesichtspunkt aus sind auch die inzwischen bekannt gewordenen Auslassungen der Entente- und sonstiger Kreise zu bewerten. Daß die Presse der feindlichen Länder im allgemeinen das Angebot ablehnend behandelt, war voraussehbar. Die englische Presse verlangt, sofern sie nicht auf dem Boden striktester Ablehnung steht, weitere Härtsigkeiten. So fordert der „Manchester Guardian“, daß sich die Mittelmächte in ihre eigenen Grenzen zurückziehen. „Daily Chronicle“ und „Daily Mail“ verlangen die endgültige und zweifelloste Entfremdung der Potsdamer Kriegsmacher, Schadenersatz, Herausgabe der Uebelthäter, die den Krieg entfesselten. Das letztgenannte Blatt hat sogar eine Liste der auszuliefernden Personen aufgestellt; es sind ungefähr 500 Namen. Unter ihnen befinden sich der Kaiser, die Generale Kluck, Bülow, Boehm, eine Reihe U-Boot-Kommandanten, ferner die Kommandanten der Gefangenenlager und schließlich — Trojki und Lewin. Warum das Blatt auch die beiden letztgenannten ausgeliefert haben will, sagt es leider nicht. Den zum Teil übergeschnappten Redakteuren dieser Blätter gefehlt sich der Unterstaatssekretär für die Arbeiten im englischen Amt des Innern, Brace, hinzu, der verlangt, daß Deutschland um Verzeihen müsse, ehe man sich auf einer Konferenz mit ihm einlassen könne. Er ist für die Fortsetzung des Schlachtens und warnt davor, sich durch Deutschlands Friedensvorschläge irreführen zu lassen.

Soweit wir übersehen können, ist nur ein einziges großes englisches Blatt zu verzeichnen, das das deutsche Anerkennen sympathisch begrüßt und der neuen Regierung zugehört, daß sie es ehrlich meint. Es ist die „Daily News“, die u. a. schreibt:

Der Hauptzweck der Rede des Prinzen Max ist, die Welt zu überzeugen, daß er, der Prinz und Reichskanzler, im Namen des neuen Deutschlands sprach. Wilson hat darauf bestanden, daß kein Frieden geschlossen werden kann, der auf den Worten der militärischen Regierung Deutschlands beruhe. Die erste Bedingung zu Unterhandlungen für Wilson war die Existenz einer Regierung, die im Namen des Volkes sprechen kann und die die Pflichten der Nation geben kann für die Innehaltung jeden Abkommens. Prinz Max bezeugt, daß diese Bedingung erfüllt ist. Seine Worte sind geschickt gewählt und ihr Sinn ist deutlich. Dieser Sinn ist, daß der Ehrgeiz der alldenklichen Bande verurteilt wird und daß Deutschland eine Nation mit Selbstregierung werden soll und daß der militärische Despotismus umgeworfen ist. Wir haben niemals gedacht, so sagt die „Daily News“, daß es möglich sei, die deutsche Nation zu vernichten, wir haben allezeit geglaubt, daß es sowohl möglich als auch notwendig sei, das preussische System zu vernichten. Wenn die Rede des Prinzen Max die Stimmung Deutschlands wiedergibt, dann bezeichnet sie, daß das Ende da ist und daß der preussische Militarismus nicht nur im Felde überwunden ist, sondern auch im Herzen des deutschen Volkes. Die Welt wird der Antwort des Präsidenten Wilson mit Vertrauen auf Wilsons Weisheit entgegenzusehen.

In einer Unterredung, die Lord Robert Cecil am 2. Oktober einem Zeitungsmanne gewährte, gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Völkerverbundgedanke aus dem deutschen Volke immer mehr Wurzel schlägt und daß die große Mehrheit des deutschen Volkes jede Möglichkeit, dem Kriege ein Ende zu machen und künftigen Kriegen vorzuzugehen, begrüßt. Er betonte ferner, daß die deutschen Staatsmänner in weitem Maße aufrichtig mit dem Völker-

bundgedanken sympathisieren. Eine einzige Erklärung aus dem Munde eines leitenden deutschen Staatsmannes würde genügen, die Welt dem erstreckten Ziele näher zu bringen. Dieser müßte die bindige Versicherung abgeben, daß Belgien geräumt und in seiner unbeschränkten Unabhängigkeit wiederhergestellt sowie auch die übrigen Fragen ohne Annexien und Entschädigung mit schuldiger Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker bei dem Friedensschluß geregelt werden und endlich, daß gegen die Wiederkehr eines Krieges durch Abrüstung und Schiedsgerichte und Begründung des Völkerbundes Schutzwehren geschaffen werden müssen.

Diese Unterredung fand vor der Umwandlung in Deutschland statt. Was Cecil verlangt, ist inzwischen erfüllt. Damit ist seine Stellung gegeben.

Von der französischen Presse ist daselbst zu sagen, wie von dem Heer der englischen. Hierüber kann man also ruhig hinweggehen. Etwas ernster ist schon eine Havas-Meldung aufzufassen, in der es heißt:

„Das Anerbieten Deutschlands und seiner Verbündeten auf Herbeiführung eines Waffenstillstandes und den sofortigen Eintritt in Friedensverhandlungen, das Wilson von Oesterreich-Ungarn als treuem Vollziehungsbeamten gemacht worden ist, ist ein abgeleitetes Manöver zwischen den Mittelmächten und ein Teil des ganzen vorgesehene Planes der Friedensoffensive. Obgleich die französische Regierung noch nicht amtlich Stellung genommen, kann man unsicher voraussehen, welche Ausnahme sie sich vorbehält. Unter den gegenwärtigen Umständen kann die Antwort nur in einem „Nein“ bestehen. Die Meldung schließt: „Um ihr Ziel zu erreichen, fürchten die Feinde nicht, sich unter Führung des verehrungswürdigen Namens Wilsons zu stellen, indem sie sich bereit erklären, eine Erörterung anzunehmen auf der Grundlage, die er in so bereiten Worten niedergelegt hat. Aber Wilson hat selbst im voraus auf die heuchlerischen Bitten geantwortet, als er am 27. September 1918 im Einverständnis mit den Alliierten es aussprach, daß kein Frieden mit Handel und Kompromissen erreicht werden könne und daß jeder Sieg der Alliierten über Deutschland den Völkern den Frieden näher bringen werde, allen Völkern Sicherheit geben werde und für immer die Wiederkehr eines solchen Ringens unmöglich machen werde und daß die Welt einen Endsieg der Gerechtigkeit und Aufrichtigkeit wolle. Die einzige Antwort, die das Friedensangebot der Mittelmächte verdient, ist die unserer Vorfahren im Konvent: „Man verhandelt nicht mit dem Feinde auf dem Boden des besetzten Vaterlandes.“

Wir möchten über diese Auffassung nicht so leicht hinweggehen, da sie ansehend die Stimmung der französischen Regierung wiederpiegelt. Aber die französische Regierung ist nicht die der Entente und sie wird sich schon dem jagen müssen, was insbesondere Wilson will. Im übrigen glauben wir, daß auch Clemenceau mit der Stimmung der Mehrheit des französischen Volkes rechnen muß. Und dieses wird, dessen sind wir sicher, nicht die Fortsetzung des Mordens selbstthätiger Ziele wegen wollen. In dieser Auffassung werden wir bestärkt durch einen einflussreichen Beschlus der Nationalrats der französischen Partei, an Wilson eine Botschaft zu richten, in der über diesen Vorschlag ist das Vorzeichen einer Sinnesänderung zu sehen, das die feindlichen Völker zu klaren Begriffen über Recht und Unrecht führen muß. Die Partei glaubt, daß die alliierten Regierungen die Pflicht haben, einen derartigen Vorschlag nicht ohne Diskussion zurückzuweisen. Nur müssen sie natürlich gleichzeitig die unbedingt nötigen diplomatischen und militärischen Garantien fordern.“

Die amerikanischen Hauptblätter finden zwar die deutschen Personalveränderungen nicht einsehend genug, um die von Wilson als Voraussetzung aller Friedensanbahnungen bezeichnete Demokratisierung Deutschlands erkennen zu lassen, doch zeigt sich eine gewisse Besultamkeit in der Erörterung, soweit Wilsons persönliche Entschlüsse in Betracht kommen. Gegen eine rasche Antwort sprechen Meldungen aus dem Hauptquartier Fochs, Berthings, Haigs, wonach jede Unterbrechung der Operationen als Mißgriff anzusehen wäre.

Der Pariser „Herald“ meldet aus New York: Der Senatsauschuß hat einstimmig die neuen fünf Punkte Wilsons als geeignet für jed Art von Friedensbesprechungen erklärt.

Zum Schluß sei noch gegenüber gewissen Presseauslassungen wiedergegeben, was die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt:

Die „Kölnische Zeitung“ glaubt zwischen dem Programm der Mehrheitsparteien und dem Programm des Präsidenten Wilson gewisse Unterschiede zu erkennen. Demgegenüber kann nicht genug betont werden, daß die deutsche Regierung und die Mehrheit des Reichstages das gesamte Wilsonsche Programm ohne Ausnahme und Einschränkung als Grundlage für den Frieden angenommen haben.

Die Würfel rollen! Wohin sie in dieser entscheidungsvollen Stunde fallen werden, müssen die nächsten Tage uns zeigen.

## Die neue Regierung.

Wie die „Germania“ erfährt, werde als Vertreter der Nationalliberalen der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg, in den engeren, dem Kanzler beigegebenen Kabinettsrat treten. Dieser setzt sich demnach aus den Staatssekretären v. Baner, Gröber, Erzberger, Scheidemann und Dr. Friedberg zusammen.

Zum Staatssekretär des Innern ist, nach der „Köln. Zig.“, Geheimrat Carl Trimborn ernannt worden.

Vizeadmiral Ritter v. Mann, Ehler v. Tiedler, ist, nach dem Ausscheiden des Herrn v. Capelle, nunmehr endgültig zum Staatssekretär des Reichsmarineamts, Kapitän zur See Löhlein zum Chef des U-Boots-Amtes ernannt worden.

## Die 14 Punkte.

Der frühere Reichstanzler Graf Hertling hat seinerzeit in einer Rede im Hauptauschuß des deutschen Reichstags auseinandergesetzt, daß ein großer Teil jener Forderungen Wilsons von vornherein ohne weiteres annehmbar, der andere zum mindesten diskutabel sei. Bei dieser Anregung zum Frieden blieb es aber damals, im Januar dieses Jahres, ein offizielles Angebot Deutschlands an die Gegner, mit ihnen die genauere Ausführung der 14 Punkte zu besprechen, erfolgte damals nicht. Umgekehrt hat Oesterreich kürzlich den Gegnern Friedensverhandlungen angeboten, ohne genauer die Grundlage anzugeben, auf der die Verhandlungen zu führen wären.

Darauf antwortete die amerikanische Regierung der österreichischen: Sie habe wiederholtlich mit voller Aufrichtigkeit die Bedingungen bekannt gegeben, auf welche hin sie einen Frieden in Betracht ziehen werde, sie könne und werde keinen Konferenzvorschlag in Erwägung ziehen über einen Gegenstand, über den sie ihre Stellung und ihre Absicht bereits klar gestellt habe.

Aus dem Zusammenhalt dieser beiden Tatsachen geht mit voller Klarheit hervor, daß ein Friedensvorschlag jetzt nur dann Aussicht auf Erfolg haben kann, wenn er die deutsche Januar-Aktion mit der österreichischen September-Aktion kombiniert. Im Januar hat Deutschland die 14 Punkte Wilsons für diskutabel erklärt, im September hat Oesterreich Verhandlungen vorgeschlagen. Somit wäre jetzt nur zu sagen, daß diese Verhandlungen auf Grund der 14 Punkte Wilsons, die nicht durch die in seiner letzten Rede aufgestellten 5 Punkte erledigt sind, sondern nach wie vor bestehen bleiben, zu führen wären.

Nachdem die neue deutsche Regierung diesen Weg nun eingeschlagen hat, ist es von größtem Interesse, sich an das Friedensprogramm zu erinnern, das Wilson in seiner Botschaft vom 8. Januar aufgestellt hat. Die ersten vier Punkte können von deutscher Seite nicht die mindeste Infragestellung erfahren. Sie fordern Öffentlichkeit aller internationalen Verträge, Freiheit der Meere, Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken, Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, allgemeine Abrüstung. Der fünfte Punkt fordert Kolonialpolitik im Interesse der betroffenen Bevölkerung, ist also weit interpretierbar und Verhandlungsgegenstand. Der sechste Punkt fordert Räumung des ganzen russischen Gebiets, er ist glatt annehmbar, da die Räumung mit Friedensschluß ohnehin eintreten muß. Punkt sieben spricht von der Wiederaufrichtung Belgiens, worüber sich von deutscher Seite kein Widerspruch erhebt. Das sozialdemokratische Mindestprogramm geht sogar weiter und kündigt eine Verständigung über die Entschädigung Belgiens an, wovon bei Wilson garricht die Rede ist. Er fordert aber Räumung Belgiens, wobei die Frage offen bleibt, ob diese Räumung schon zu Beginn der Friedensverhandlungen oder nach ihrem Abschluß erfolgen soll. Punkt neun fordert Verzichtung der italienischen Grenzen nach dem klar erkennbaren Bestehen. Die ist von Oesterreich schon seinerzeit angeboten worden, um Italien vom Krieg abzuhaken. Für die Völker Oesterreich-Ungarns wird Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gebietet, hierüber besteht kein Streit. Punkt elf verlangt Wiederherstellung Rumäniens, Serbiens und Montenegros. Die Wiederherstellung Rumäniens ergibt sich aus der notwendigen Revision des Friedensvertrags selbst. Die Schwierigkeiten für die Wiederherstellung Serbiens sind durch den Abfall Bulgariens beseitigt, gegenüber Bulgarien haben wir keine Verpflichtung mehr. Der Zugang Serbiens zur See kann kein Streitgegenstand sein. Punkt zwölf stellt für die Türkei hinsichtlich der autonomen Entwicklung ähnliche Bedingungen wie für Oesterreich und verlangt freie Durchfahrt durch die Dardanellen, auch dieser Bedingungen wegen wird niemand den Krieg weiter führen wollen. Punkt vierzehn fordert den Völkerbund, worüber vollkommenes Einverständnis besteht.

Es bleiben zwei schwierige Punkte, acht und dreizehn. Punkt acht fordert zunächst Befreiung der besetzten Gebiete Frankreichs, worüber wieder kein Streit, dann aber Wiedergutmachung des Unrechts, das Frankreich durch Preußen

im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringen zugefügt wurde. Das sozialdemokratische Mindestprogramm fordert die Autonomie Elsaß-Lothringens. Wir sind der Meinung, daß das vermeintliche Unrecht von 1871 damit vollständig gut gemacht wird. Es wäre wichtig, zu erfahren, wie Wilson darüber denkt.

Punkt dreizehn fordert einen unabhängigen polnischen Staat, worüber wieder Einigkeit, einen freien Zugang der See für diesen, der in der Form freier Weichsel-Schiffahrt und freier Durchfuhr nach Danzig bereits zugestanden ist, also zureichend dürfte. Wilson fordert aber, daß diesem Staat alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, angehören sollen. Bei der starken Vermischung der Nationalitäten im Osten wird schwer festzustellen sein, welche Gebiete unzweifelhaft polnisch sind, auf keinen Fall ließe sich aber diese Forderung ohne preußische Gebietsverluste erfüllen.

Trotzdem die 14 Punkte Wilsons zwei harte und schwierige enthalten, bleiben sie doch hinter den unerfüllten Forderungen französischer und englischer Zerstückelungspolitik weit zurück. Es ist nicht die Rede vom linken Rheinufer, nicht von der Auflösung Deutschlands in seine Bestandteile, nicht von Entschädigungen, nicht von wirtschaftlicher Gedrücktheit Deutschlands nach dem Kriege. Es wird im Gegenteil ein Völkerbund auf Grund des Wirtschaftsfriedens und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Völker gefordert. Die soziale Durchführung dieser Forderungen würde auch Deutschland ungeheure Vorteile bringen. Sie würde es der Notwendigkeit erheben, nach dem Krieg neue Rüstungskosten auf sich nehmen zu müssen und ihm die Möglichkeit geben, sich mit seiner ganzen Kraft an dem wirtschaftlichen Wettbewerb der Völker frei zu beteiligen.

## Was der Krieg bringt.

Die Kämpfe im Westen.

W. B. Berlin, 7. Oktober, abends. (Amtlich.)

Vertikale Kämpfe nördlich der Scarpe. Nördlich von St. Quentin und zwischen den Argonnen und der Maas haben sich in den Abendstunden feindliche Angriffe entwickelt. In der Champagne ruhiger Tag.

Die Blutopfer der Entente in den letzten schweren Schlachten an der Westfront, die durchwegs zu Abwehrrfolgen der Deutschen führten, machen sich im Ententelager empfindlich bemerkbar. Wenn auch noch mit weiteren starken Angriffen zu rechnen ist, so steht doch heute bereits fest, daß doch das für diesen Herbst gesteckte Ziel, die Durchbrechung der deutschen Linien und einen entscheidenden Sieg, nicht erriegen wird. Daher legt die Ententepropaganda in doppelt verstärktem Maße ein, um durch übertriebene Meldungen deutscher Verluste die Zurecht der eigenen Truppen zu stärken und die Moral der deutschen Soldaten zu zermürben. Soweit Zusammenstellungen der deutschen Verluste an Vermissten und Gefangenen bereits vorliegen, über treffen die Ententemeldungen die Wirklichkeit um ein Vielfaches. Ein schlagender Beweis als diese Feststellungen ist jedoch die Tatsache, daß die angeblich so geschwächten demoralisierten deutschen Truppen dem Ansturm der überlegenen englisch-französisch-amerikanischen Heere noch immer standhalten. (W. B.)

### Durchbruch Lettow-Vorbeds nach Ostafrika.

Nach dem „Petit Parisien“ meldet der portugiesische Bericht aus Ostafrika, daß die Deutschen den Rovumafluß überschritten haben und sich in das Innere der Wälder zurückziehen. Den Portugiesen und Engländern fielen Material und Gefangene in die Hände.

Tritt diese amtliche Meldung zu, so steht General von Lettow-Vorbed nach erfolgreicher Durchbrechung der feindlichen Linien wieder in Ostafrika.

### Deutschland ist schuld an dem bulgarischen Abfall!

Der bulgarische Ministerpräsident Malinow hat in der Sitzung der Sebranzje die Schuld an dem militärischen Zusammenbruch den — Deutschen gegeben. Er führte u. a. aus: „Wir wissen auch, daß dieses Unglück zum großen Teil der Tatsache zuzuschreiben ist, daß wir nicht rechtzeitig von unseren Verbündeten Hilfe erhielten.“ — Gegenüber dieser geradezu niederträchtigen Behauptung wird mit Recht darauf hingewiesen, daß während des ganzen Krieges deutsche Streitkräfte, deren Stärke das Maß unserer Verpflichtungen weit überschritt, den Bulgariern zur Seite gestanden haben.

## Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

IV. Fortsetzung.

Reisner war abgepannt. Er warf sich in seinem Zimmer in den Kissen und rauchte. „Ich bin müde, und es ist Zeit, daß ich fortkomme, dachte er. Er schloß sich als Kämpfer. Und er brach jetzt den Kampf aus ab, so lange, bis seine Kräfte sich völlig wieder erholt haben würden. Im Untergrund seines Bewußtseins regte sich freilich sogar etwas wie Sehnsucht nach Frieden. Aber gerade das war die Schwäche, deren er Herr werden mußte. Deshalb drängte es ihn fort.“

Er schalt sich jetzt, daß er nur einen einzigen Augenblick auf den Gedanken verweilt hatte, sich mit Frau von Marisch zu verbinden. Was konnte ihm diese Verbindung bringen? Eine Festigung seiner gesellschaftlichen Position vielleicht, — und das war etwas, das er nie erreicht, auf das er Hungerweisse von vornherein verzichtet hatte. Einen beträchtlichen Zuwachs seines Vermögens, gleichsam im Spiel errungen, — und das war erst recht etwas, dessen er sich hätte können müssen, da sein Ehrgeiz doch dahin ging, sich seinen Reichtum und seine Macht ohne Hilfe Dritter zu erringen.

Freilich, er konnte es nicht verhindern, daß die Gedanken an diese Frau zuweilen auch in anderer Form in ihm wach wurden, und nicht nur an diese Frau, nein, an die Frauen überhaupt, an das Weib, — das er haßte, und das sich über seinen Haß doch emporgab, mit einem drückten Lächeln auf den Lippen, unermüdlich, ihm unendlich überlegen.

So pochte in halbwegs ruhigen ein roter, härmlich drängelnder Riese durch sein Blut, der seinen Haß höhnte, der seine Liebe hervorlockte, die doch noch da war, irgendwas im Verborgenen seines Herzens, und die er demütig machte und die er fortjagte, arm und hungrig, auf daß sie suchen gehe und bettele.

Die Erinnerung an dieses Zurückweichen und dieses Sichbeugen im Traum vor dem Feinde, mit dem es für ihn keinen Frieden gab, verlegte ihm am Tage in eine namenlose Wut. Und er konnte sich nicht, seinem Blut zu gebieten, seinen Wut und seinen Haß, und er fand kein anderes, als daß er einseitig seinen Wut überließ.

Das dieser Wut schloß er sich wieder und gab den Gedanken an sie auf. Alle seine Liebe war nun doch mit ihm.

jaher Wucht und mit hundertjährigem Hunger auf die Arbeit des Tages, die ihn so zerrieb, daß er dann nachts wie tot in seinem Bette lag.

„Ja, es war Zeit, daß er fortging, wenn der Gedanke, daß er sich erholen müßte, auch nur ein Wort war.“

Denn in ihm war ein sonderbarer Glaube erwacht, der Glaube an eine Möglichkeit, die wie ein Märchen anmutete. Es schien ihm, daß es ihm wirklich möglich sein müßte, einige Wochen ein anderer Mensch zu sein, — diesen neuen Menschen nicht zu hüten, sondern es zu sein! Daß er dazu nur seine Wüste abzugeben brauchte, das glaubte er nicht mehr. Eine große Bewunderung war in ihm. Aber war er wirklich, was war seine Wüste? Er wußte es nicht mehr. Aber eine geheime Stimme sagte ihm, daß er es erfahren würde, wenn er von hier flüchte.

„Ja, er beschloß, morgen zu flüchten.“

Prokop öffnete lautlos die Tür und ließ Frau von Marisch eintreten.

Reisner erhob sich langsam, sah erschöpft aus und küßte ihr die Hand, die sich ihm mit einer Geste, die halb gewährte, halb abwehrte, überließ.

Sie sah blaß und gequält aus. Da er sich nicht entschließen wollte, zu reden, schweig auch sie. Etwas Feindseliges hing zwischen ihnen, das sie beide spürten, das aber nur etwas von ihnen zu überwinden wünschte: sie.

Da sie sah, daß er zu apathisch war, um aus sich herauszugetreten, nahm sie selbst einen Anlauf und sagte: „Ich bin gekommen. Haben Sie mich wirklich erwartet?“

„Ich habe nicht darüber nachgedacht“, gestand er ihr.

„Nun, ich ihm den Willen an, den er zu überwinden sollte, um ihr zu antworten, um überhaupt zu reden. Er bereute es jetzt, sie empfangen zu haben. Immer wieder fragte er sich: „Was?“ Das Spiel war aus für ihn, sie sah es an seinem gezeichneten Lächeln.“

**Der Völkerbund.**  
Beratungen zur Gründung eines Völkerbundes sind seit längerer Zeit im Auswärtigen Amt unter Zugiehung von Parlamentariern und Völkerrechtslehrern gepflogen worden. Jetzt liegen formulierte Vorschläge vor, die sich im wesentlichen mit dem in dem Mehrheitsprogramm aufgestellten Grundgedanken für den Völkerbund decken. Zum Zwecke der Beratung dieser Vorschläge und Vorstellung eines endgültigen deutschen Entwurfs wird der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Kommission einberufen, der neben den Vertretern der beteiligten Ressorts: Parlamentarier und Völkerrechtslehrer und außerdem Vertreter sonst beteiligter Kreise angehören werden.

**Der österreichisch-ungarische Bericht.**  
Wien, 7. Oktober. (Amtlich.)  
Italienischer Kriegshauptplatz.  
Unverändert.  
Balkan-Kriegshauptplatz.

In Albanien neuerlich Nachhüttkämpfe am Skumbi. Im südlichen Grenzgebiet Alt-Serbiens keine größeren Kampfhandlungen.

**Der Krieg auf den Meeren.**  
Berlin, 8. Oktober. (Amtlich.) Deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote vernichteten im Mittelmeer neuerdings 30 000 Brutto-Registertonnen Schiffsraum.

Die Dampfer wurden auf den Wegen von Gibraltar nach Süd-Frankreich und nach den östlichen Kriegshauptplätzen aus stark gefährdeten Geleitzügen herausgeschossen.

Des Weiteren erzielten ein österreichisch-ungarisches Unterseeboot auf einen großen Transportdampfer in See und ein deutsches Unterseeboot auf einen im Hafen von Carlsforte (Sardinien) liegenden Dampfer von etwa 6000 Brutto-Registertonnen Torpedotreffer. Das Sinken dieser beiden Dampfer konnte nicht mehr beobachtet werden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Berufung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 7. Oktober.  
Vortragsführer Dimpfer eröffnet um 6 Uhr 20 Min. die Sitzung.

1. Antrag: Erlass eines Nachtrages zum Einkommensteuergesetz vom 1. November 1913.

Der Antrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

2. Antrag: Gehaltszulagen für die Beamten, die in dem Ruhestand verbleiben und die Beamtenhinterbliebenen sowie Neufestsetzung der Honorare der Mitglieder des Senats.

Senator Dr. Vermehren wendet sich gegen die abschließende Kritik über diese Vorlage in den „Lübecker Blättern“ und betont, es handle sich hier nicht um eine endgültige Regelung der Gehaltsfragen, sondern nur um eine Abschlagszahlung. Man werde sich nach anderen Bundesstaaten richten und vielleicht auch die sozial-familialen Gesichtspunkte später nicht übersehen dürfen. Wenn nicht alle Wünsche berücksichtigt werden könnten, so müßte man bedenken, daß es sich um feste, nicht mehr aufzuhobende Zulagen handle.

Lübeck: Ueber die Zweckmäßigkeit der hier vorzunehmenden Gehaltserhöhung kann man verschiedener Meinung sein. Während einige Bürgerchaftsmitglieder der Ansicht waren, man solle von einer solchen Gehaltserhöhung absehen und es vorläufig bei den Teuerungszulagen belassen, strebe ich auf dem Standpunkt, daß sie notwendig ist. Den Pensionären und Hinterbliebenen der Beamten wird auf diese Weise etwas mehr geboten, als nach den bisher geltenden Gehaltsätzen möglich war. Ich bin der Ansicht, daß nach der Vorlage die mittleren und unteren Beamten nicht das erhalten, was in Anbetracht der Teuerung erforderlich wäre. Ein Ausgleich ist aber möglich, da das System der Teuerungszulagen nebenher beibehalten werden soll. Es hätte den Anschein, als ob vielleicht durch diese Vorlage die Reform des Beamten-Beholdungs-Stats hinausgeschoben wird. Das wäre zu bedauern. Die kleineren und mittleren Beamten haben unter der Teuerung am allermeisten zu leiden. Lediglich mehr als die Beamten mit 8000 Mark Gehalt und darüber. Deshalb war die Kommissionsminderheit der Ansicht, die Zuschläge für die höheren Gehaltsklassen sollten auf 10 Prozent festgelegt werden. Von der Kommission ist in bezug auf die Pensionäre und Hinterbliebenen der Beamten eine andere Regelung vorgeschlagen, als der Senat zunächst wünschte. Doch wird nach nicht gegeben, was notwendig ist. Die mit geringen Bezügen bedachten Witwen und Waisen müssen in erster Linie berücksichtigt werden. Leider ließ sich nicht durchführen, was die Kommission wünschte, doch sind ihre Vorschläge über das vom Senat beantragte hinausgegangen. Bei Ruhegehältern von 9000 und 15 000 Mark liegen dagegen triftige Gründe zur Erhöhung der Pension nicht vor; ein gewisses Entgegenkommen wurde diesen Beamten aber doch gezeigt. Die Erhöhung der Honorare für die Mitglieder des Senats geht weit über das hinaus, was man den Beamten gewähren will. Ein begründetes Bedürfnis zur Erhöhung von 14 000 auf 20 000 Mark für die Geschäfte und von 6000 auf 10 000 Mark für die Kaufleute liegt nicht vor. Lübecks Regierung kommt dem Staat sehr

erst jetzt bemerkte er, daß sie jene Papiere, die er ihr vor acht Tagen verkauft hatte, wieder mitgebracht habe. Sie warf sie auf den Tisch. Die Gesellschaft, deren Aktien sie waren, hatte gestern liquidiert. Sie waren wertlos.

Sie maß mit erregten Schritten das Zimmer, ihr Taschentuch gegen die Lippen pressend, die zuckten, als kämpfe sie mit den Tränen. Sie sagte: „Sie haben es gemußt. Ihnen war genau der Tag bekannt, an dem die Gesellschaft ihren Bankrott erklären würde. Und doch —“

Da nicht genug Spannung in ihm war, sie zu verspotten, begnügte er sich damit, sich zu wehren. „Das müßten Sie mir erst beweisen“, sagte er.

„Wui!“ rief sie aus.

„Sie sind ein Weib“, lächelte er. „Sagte ich Ihnen nicht, daß ich das Spiel, daß Sie mir aufzwangen, aufnehmen würde? Sie haben verspielt. Nun weinen Sie... Sie sind ein Weib!“

Sie drückte das Lächeln gegen den Mund und weinte wirklich. „Ich bin ein Weib, ja. Deshalb weine ich nicht dem Geilde nach, das ich verloren habe. Das würde ein Mann tun... Ich weine Ihnen nach. Sie haben es verloren!“

Er wandte sich ihr zu, plötzlich auf das höchste interessiert. Er schickte sich an, in den verborgenen Faltungen ihres Gesichts zu lesen, gierig, jede unbewußte Bewegung zu erfassen, die sie etwas machte. „Erinnern Sie sich?“ fragte er. „Sie machten mir jüngst einen Antrag. Ich hat Sie, acht Tage zu warten und mir dann zu sagen, ob Ihre Bestimmung noch die gleiche sei... Ich frage Sie jetzt: Wiederholen Sie Ihren Antrag?“

„Nein!“ rief sie heftig aus.

„Nein?“ fragte er, und es war schwer zu sagen, ob in dem Ton seiner Stimme Enttäuschung oder Freude oder beides zugleich lag. Er trat rasch vor sie hin und nahm gemaltam die Hände von ihren Augen. „Ach“, sagte er, und sie spürte das Ungewisse in seiner Stimme noch stärker, „Sie lieben mich...“

„Ich haße Sie!“ schrie sie ihn an.

Er schüttelte den Kopf mit einer Bestimmtheit, gegen die ihr Jörn nicht aufkam. „Nein, darin irren Sie sich“, sagte er zärtlich. „Am Anfang, als Sie zu mir kamen, um mich zu verlassen, — nein, nein, da hatten Sie mich! Vielleicht ohne daß Sie es selbst wußten, — aber da hatten Sie mich! Jetzt... Lieben Sie mich!“

Fortsetzung folgt.

...der. Kiel z. B. gibt für seine Verwaltung kaum die Hälfte dessen aus, was Lübeck ausgibt, wenn die Vorlage angenommen wird. Bremen mit seinen 300 000 Einwohnern zählt den Senatoren nur 18 000 Mark. Wir sind doch gewiß nicht soviel reicher, daß wir uns einen solchen Luxus leisten können. Auch für die Honorarzahlung der kaufmännischen Senatsmitglieder liegt in diesem Maße kaum Begründung vor, obwohl ich anerkenne, daß manche dieser Herren gegenwärtig viel leisten. Zudem sind sie auf die Bezüge des Staates gar nicht angewiesen, denn sie haben ja ihre Geschäfte nebenbei. Ihre Tätigkeit ist doch mehr ehrenamtlich (Zuruf: Sehr richtig!) und ehrenamtliche Bezüge brauchen nicht so hoch zu sein. In Preußen werden für ehrenamtliche Magistrats- und Senatsstellen weit geringere Bezüge gezahlt. Hätten wir keine so große Zahl von Senatsmitgliedern, wäre es vielleicht möglich, ihnen noch höhere Honorare zu zahlen. Die jetzt geforderten entsprechen denen preussischer Oberbürgermeister. Zwar würde im Bürgerauschuß gefagt, bei Nichtzahlung höherer Honorare würde es schwer halten, die nötigen tüchtigen Kräfte zu gewinnen. Aber die meisten dieser Herren hatten früher als vielbeschäftigte Anwälte mehr Einkommen, als die Bezüge bemessen werden können. Dieser Grund ist nicht maßgebend. Bei der Bedeutung der Stellung eines Senators strebt mancher dahin ein solches Amt zu bekleiden. Das Wahlverfahren zum Senat ist außerordentlich rückständig, die Bürgerkraft ist fast ganz ausgeschaltet. Und da bei diesen Wahlen auch politische Anschauungen von ausschlaggebender Bedeutung sein können, so ist noch lange nicht Gewähr dafür gegeben, daß nur der Tüchtigste auszuwählen wird. Ich habe den Wunsch, daß in kürzester Zeit eine Veränderung der Verfassung eintritt, die einmal die Zahl der Senatsmitglieder herabsetzt und weiter ein Verfahren für die Wahl des Senats vorzieht, das auch schließlich die Wünsche und den Willen der Bürger und Bürgerchaftsmitglieder zur Geltung bringt. Aus allen diesen Gründen kann ich einer Erhöhung der Gehälter in dem beantragten Maße nicht zustimmen.

Klein ist der Ansicht, man solle nun endlich dem Senat Treu und Glauben zuerkennen, daß durch die Vorlage eine Verschleppung der Gehaltsfrage nicht stattfinden. Die Senatsgehälter seien übrigens seit 1902 nicht erhöht worden, das müsse man bei der Abstimmung auch bedenken. Die liberalen Beamten ständen wegen der Steuerbarkeit ihrer Zulagen hinter ihren preussischen Kollegen zurück. Eine wirksame Berücksichtigung der Familienverhältnisse sei wohl zu empfehlen, aber diese dürfe nicht mit der Besoldungsfrage verquillt werden. Das Einkommen der Beamten müsse ohne Rücksicht auf die Kinderzahl so bemessen sein, daß es ein standesgemäßes Auskommen ermöglicht.

Dr. Ziehl fragt, warum über die Deckungsfrage nichts vom Senat erwähnt wurde. Die jetzige Erhöhung verläufige 1 170 000 Mark, wodurch der Beamtenetat mehr erfordere als die gesamte Einkommensteuer einbringe. Notwendig sei endlich eine endgültige Regelung der liberalen Verwaltungsvorhältnisse. Die Bürgerkraft dürfe sich nicht immer wieder von einem Jahr aufs andere verfrachten lassen.

Senator Dr. Eschenburg erklärt, die vorerwähnten Ausgaben seien im Budget enthalten; die Neuordnung des Verwaltungsapparates lasse der Senat nicht aus den Augen.

v. Schack bedauert, daß weder in der Vorlage noch von der Finanzbehörde auf die Deckungsfrage eingegangen wurde. Das läßt sich natürlich nicht aus, für eine ausreichende Bezahlung der Beamten zu sorgen. Nach der Decke strecken müßten sich die Beamten natürlich ebenfalls so gut wie andere Leute. Die Preisvergleiche in den „Lübeckischen Wäldern“, wo zur Begründung für höhere Gehälter die Preise für Marzipan, Torten, Karpfen und Meise angeführt wurden, seien geradezu ein Skandal. Mehr tun müßte der Staat für Beamte mit mehr Kindern und mangelndem Nebenverdienst. Vielleicht wäre eine Erhöhung der Teuerungszulagen angebracht. Man tue vielleicht am besten, zu beschließen, die Vorlage einer siebenköpfigen Kommission zu überweisen.

Senator Dr. Vermehren: Die Mittel zur Deckung sind vorhanden, für besondere Deckungsmittel braucht man doch erst zu sorgen, wenn neue Ausgaben vorliegen. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist für eine Verwaltungsreform ganz ungeeignet.

Wichtig bedauert, daß die Verwaltungsreform noch nicht zum Abschluß kam und erkundigt sich nach dem Stand der Arbeiten bezüglich der Ruheentlastung, die bereits 13 Jahre die zuständigen Körperschaften beschäfte. Hier sei Beschleunigung dringend erwünscht. Herr v. Schack erwidert Redner, daß eine neue Kommission auch nicht viel anderes tun könne als die Bürgerauschusskommission. Moller Zufriedenheit könne auch sie nicht schaffen und kein Beschluß werde die Teuerung voll auszugleichen imstande sein. Die Beamten könnten durch eine neue Kommissionsberatung, auf die sie Hoffnungen setzen, nur enttäuscht werden. Als Deckungsmittel sei ja die Vermögenssteuer noch ausbaufähig.

Senator Dr. Vermehren: Die Arbeiten für die Ruheentlastung sind wieder neu aufgenommen, der Bericht darüber wird nicht allzu lange auf sich warten lassen.

Dr. Wittern bedauert die Verschiebung der Gehaltsverhältnisse. Die Not drücke alle gleich, die depressive Behandlung der höheren Beamten sei ungerath. Eine 30prozentige Erhöhung für alle Beamten wäre am besten gewesen. Die jetzt am ungerechtesten behandelten Beamten bildeten gerade das Rückgrat des Staates. Redner findet auch keine genügende Begründung für die Gehaltserhöhung der kaufmännischen Senatoren. Er bittet, diese Erhöhung abzulehnen.

Dr. Ziehl hält den Standpunkt des Senats in der Deckungsfrage für erstaunlich naiv. Man dürfe eine solche beschränkte Votum-Strategie nicht demnach nicht treiben und müsse sich fragen, ob sich die Verwaltung in dieser schwierigen Zeit in den richtigen Händen befinde.

Vom Senatstische wird das günstige Einkommensteuerergebnis erneut hervorgehoben. Bei weiterer günstiger wirtschaftlicher Entwicklung werde diese Quelle nicht verkümmern.

Rüster verteidigt die Prozentberechnung in der Gehaltszulage, die gerechter sei, als eine gleichmäßige Zulage aller Gehälter.

v. Schack hat gegen eine dauernde Gehaltserhöhung große Bedenken und wünscht lieber eine ausreichende Erhöhung der Teuerungszulagen.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen.

3. Antrag: Herrichtung des Güterabfertigungsgebäudes des alten Bahnhofs für Kleinwohnungen. Wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

4. Antrag: Bekämpfung der Wohnungsnot.

Stellung kritisiert die Mietverträge in den Wohnungen der alten Irenenstadt, nach denen die Reparaturen von den Mietern zu tragen sind. Das sei bei den Privatunternehmern auch nicht der Fall. Für die Miete müsse auch die Reparatur geleistet werden. Eine solche neue Methode dürfe in Lübeck nicht ausgedehnt werden. Zu bebauern seien ferner die einschränkenden Bestimmungen der freien Rechte des Mieters. So dürfen z. B. Hunde nicht gehalten werden. Treppen- und Flurbeklebung sei bei dem vorgeführten Casquantum unmöglich, wolle man nicht schmerzliches Aufgebot als Strafe bezahlen. Man solle doch Rücksicht auf die Verhältnisse nehmen.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Kaden befürwortet den Wohnungsbau in städtischer Regie. Der Bürgerauschuß nahm einen dahingehenden Antrag an, dagegen lehnte die Bau- und Finanzbehörde und das Amt für Wohnungspflege den Eigenbau ab. Es heißt, der Staat wolle das Risiko nicht übernehmen. Dabei ist ein solches gar nicht vorhanden, denn die Baumaterialien werden so auch vom Staat angeschafft, der außerdem den Unternehmern und Gesellschaften noch Beiprämissen zur Verfügung stellt. Als Gegenleistung wird Rücksicht auf Vorteile beim Verkauf gefordert. Man sollte doch bedenken, daß Unternehmer und Gesellschaften viel billiger produzieren, weil der Unternehmer ein kleines Stück Geld dabei verdienen will. Bei weiteren Bauten ist es Pflicht des Staates, selbst zu bauen. Dies geschieht doch auch in Lübeck an vielen Orten.

# Der amtliche Kriegsbericht.

MTB. Großes Hauptquartier, 8. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nördlich der Scarpe griff der Engländer in heftigem Feuerkampfe beiderseits von Oppy an. In Neuville sah er Fuß. Im übrigen brachten ihn unsere Torpedos zum Stehen.

Heeresgruppe des Generalobersten v. Boehn.

Nördlich von St. Quentin setzten Engländer und Franzosen ihre starken Angriffe fort. Nördlich von Montbrohan schlugen hannoversche und brandenburgische Regimenter fünfmaligen Ansturm des Feindes ab. Weiter südlich brach der Angriff des Feindes in unserem Feuer zusammen. Bei und südlich von Sequehart haben polenische und hessische Regimenter nach hartem Kampfe ihre Stellungen behauptet. Bei den Kämpfen an der Thillen-Höhe brachten schlesische Batterien und Pioniere im Nahkampf und durch Vorstöße den feindlichen Ansturm zum Scheitern.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Vorfeldkämpfe an der Ailette und Aisne. Das nördliche Sumpfer Ufer wurde in östlichen Unternehmungen vom Feinde gesäubert. Im Nahkampf stieß der Gegner in Teilangriffen zwischen Bazancourt und Selles mit starken Kräften beiderseits von St. Clement und an der Arnes vor. Seine Angriffe scheiterten. Derliche Kämpfe um St. Etienne, das von uns genommen wurde, im Gegenangriff des Feindes aber wieder verloren ging. Im übrigen beschränkte sich die Tätigkeit des Feindes in der Champagne auf Teilvorstöße und zeitweilig auslebende Artilleriekämpfe.

Weiterseits der Aisne schlug die in den letzten Kämpfen besonders bewährte 9. Landwehr der 76. Res.-Division heftige Angriffe des Feindes ab.

Heeresgruppe Gallien.

Nach starker Feuertorbereitung setzte der Amerikaner erneut zum Durchbruch beiderseits der Aisne an. Auf dem westlichen Ufer brachte württembergische Landwehr die südlich von Chatelet vordringenden Angriffe zum Scheitern. Von der Höhe südlich von Chatelet, auf der der Feind vorübergehend Fuß faßte, wurde er im Gegenangriff wieder geworfen. Derselbe der Aisne brachen die feindlichen Angriffe zumeist in unserem Artilleriefeuer zusammen. Gegen Abend nahm der Feind beiderseits der von Charpentis und Romagne und der von Mantillois auf Canal führenden Straße, sowie westlich der Mars seine Angriffe wieder auf. Nach hartem Kampfe schlugen wir ihn teilweise durch Gegenstoß wieder zurück.

Der Erste Generalquartiermeister. Subandorf.

## Die Front opfert Blut und Gesundheit.

Wer Kriegsanleihe zeichnet, opfert nichts. Er erfüllt nur eine Pflicht, die ihm noch dazu gut verzinst wird. Es darf nicht sein, daß sich ein Deutscher dieser leichtesten aller Kriegspflichten entzieht.

Dr. Hartwig empfiehlt die staatlichen Zuschüsse nach dem Muster des Mannheimer Oberbürgermeisters und Scheitherr will für die Handwerker freie Hand haben. Ferner betont Redner, daß Beschuldigungen auch heute schon vom Mieter getragen werden müßten.

Stellung: Man darf nicht nur vom Gesichtspunkt ausgehen, kommt es uns billiger oder teurer zu stehen, sondern muß sich von sozialen Gedanken leiten lassen. Diese zwingen uns dazu, zum Eigenbau überzugehen. Nicht nur Vorschriften über die Höhe der Mieten, sondern auch Einfluß auf die Gestaltung der Wohnräume ist notwendig. Eine Schädigung des freien Gewerbes wollen wir nicht; für den Maler z. B. ist es gleichgültig, ob er für den Staat oder den Unternehmer arbeitet, vielleicht ist er beim Erkeren besser daran als bei gewissen Sorten von Bauunternehmern, die wir kennen lernen. Bei den Reparaturen, die ich vorhin erwähnte, handelt es sich nicht um abschließende Beschuldigungen, sondern der Passus im Vertrag verlangt vom Mieter Reparatur von Tapeten, Farbansatz usw. Im übrigen wird der Zeitpunkt kommen, wo im Interesse Lübecks zum Eigenbau geschritten werden muß. Dieses Prinzip, das anscheinend einen kleinen Sieg errungen hatte, ist jetzt wieder durchbrochen worden.

Senator Evers betont u. a., daß man sich einen Einfluß auf die Gestaltung der Wohnungen vorbehalte.

Scheitherr: Das Bauwesen wird nicht wieder auf-treten dürfen.

Schulmerich vermischt genauere Richtlinien im Vertrage und bedauert die mangelnde Unterrichtung der Bürgerschaft. Zum mindesten müßte der Bürgerauschuß mehr herangezogen werden.

Senator Evers meint, es müßte möglichst bald gebaut werden. Den Behörden solle man hier das nötige Vertrauen schenken. Mietskämpfern sollten nicht gelassen werden, im allgemeinen ertrage man nur Zweifelsfragen.

Der Senatsantrag wird hierauf endgültig angenommen.

5. Antrag: Verkauf des Grundstücks Braunstraße 36.

6. Antrag: Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1919.

7. Antrag: Gewährung eines Beitrages an das Handwerker-Mittelheim.

Senze ist der Ansicht, daß die Lehrenten vielfach von der Befreiung des Gewerbesteuerbesitzes über Befreiung Gebrauch machen, was bei der mangelnden Ausbildung der Jetztzeit zu bedauern sei. Denn die Gewerbesteuer müsse gerade zur Hebung der Fachkenntnis beitragen; deshalb dürften nicht leicht Befreiungen vom Schulbesuch gestattet werden.

Senator Eschenburg: Die Oberschulbehörde nimmt die Befreiung vom Schulbesuch nicht leicht, doch die Not der Zeit zwingt den Lehrern manchmal, den Lehrling in Anspruch zu nehmen.

Scheitherr und Heinsohn pflichten diesem Urteil bei. Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

8. Antrag: Grundstücksverkäufe zwischen dem liberalen Staat und dem Hochofenwerk Lübeck.

Senze empfiehlt die Annahme der Vorlage, die uns nur Vorteil bringen könne. Es sollte den Bürgerchaftsmitgliedern ein jährlicher Bericht über den Verkauf von staatlichem Gelände und den Preis hierfür übermittelt werden.

Niemand wünscht Schuß der Fischerei in der Trave vor den giftigen Abwässern. Das Hochofenwerk könne beim Stand seines Betriebes sehr gut etwas tun. Redner stellt einen Antrag, der eine Abstellung des Uebelstandes verlangt.

Dr. Wittern tritt im Interesse des Ernährungsweins gleichfalls für durchgreifende Besserung auf diesem Gebiete ein. Die Fischer hätten wiederholt festgestellt, daß die Verunreinigung der Gewässer gerade dann stark sei, wenn sie nicht auf der Trave anwesend sind.

Schwabroch: Wenn wir große Industrien hier heranziehen wollen, müssen diese keinen Uebelstände mit in Kauf genommen werden. Alles auf das Hochofenwerk zu schieben, sei wohl kaum angebracht, da ja noch mehr Industrien an der Trave lägen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

9. Antrag: Veränderungen am Viehhof.

Thiele wünscht eine höhere Bezahlung der Rodamer von der Tierkörperverwertungsgesellschaft.

Senze findet es unangebracht, daß der Dung vom Schlachthof nur an einen Großgrundbesitzer verkauft wird, der nun seinen Viehbestand abgeschafft habe. Die kleinen Gärtner müßten ihren Dung wieder von diesem Herrn kaufen, anstatt daß sie ihn direkt beziehen könnten.

Der Senatsantrag wird angenommen.

10. Antrag: Nachbewilligung für den Schlachthof und die Viehmarkthalle.

Der Antrag wird genehmigt.

Eine längere Aussprache tritt jetzt noch der Antrag Niemann über die Abwehrschäden in der Trave.

Er wird dem Bürgerauschuß überwiesen.

Schluß 9 Uhr 35 Min.

## Mus Lübeck und den Nachbargebieten.

Die Bürgerkraft

verabschiedete in ihrer gestrigen Sitzung die vielumstrittene Senatsvorlage auf Erhöhung der Beamtengehälter und der Bezüge von Beamtenwitwen, Witwen sowie pensionierten Beamten, die zugleich eine sehr beträchtliche Erhöhung der Senatsgehälter vorsah. Die Aussprache hierüber war sehr lebhaft. Genosse Löwig bezeichnete die vorgesehene Erhöhung für die mittleren und unteren Beamten als nicht ausreichend. Dagegen waren ihm die Summen, welche die Senatsmitglieder erhalten sollten, zu hoch. Die ganze Verwaltung Lübecks, besonders der Senat sei für einen Staatsschatz unserer Größe viel zu teuer. Er forderte eine Verminderung der Zahl der Senatoren und eine Veränderung des Wahlverfahrens zum Senat. Endlich wünschte Genosse Löwig die schleunige Schaffung einer Ruheentlastung für die städtischen Arbeiter. In der Debatte wurde von bürgerlicher Seite besonders kritisiert, daß der Senat nicht zugleich eine Deckung dieser neuen Ausgaben vorgelegen habe, worauf vom Senatstisch erwidert wurde, daß dafür die Einnahmen aus der Einkommensteuer ausreichten. Dr. Wittern fand darin eine Ungerechtheit, daß man nicht allen Beamten gleichmäßig 30 Prozent Zuschlag gewähre, was natürlich im Ergebnis eine Bevorzugung der höheren Beamten bedeuten würde. Schließlich wurde die Senatsvorlage unverändert mit großer Mehrheit angenommen. Auf der Tribüne wohnten zahlreiche Beamte der Verwaltung bei.

Sehr wichtig waren auch die Senatsvorlagen, welche die Schaffung von neuen Kleinwohnungen zum Gegenstand hatten. Im alten Güterabfertigungsgebäude sollen Wohnungen eingerichtet werden. Weiter beantragt der Senat, daß der Baubehörde der Auftrag erteilt werde, die baldige Fertigstellung von 100 Wohnungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot in die Wege zu leiten, dazu, nach mit der Finanzbehörde festzusetzenden Richtlinien, mit gemeinnützigen Baugesellschaften und Privatunternehmern Verträge abzuschließen, die Höhe der verlorenen Zuschüsse zu den Kosten des Wohnungsbaues festzusetzen, auch die Bindung der Unternehmer zur Verhütung der Ausnutzung dieser Zuschüsse zu Spekulationszwecken vertraglich zu vereinbaren. Ferner, daß der Baubehörde a) für die Bewilligung von verlorenen Zuschüssen zur Förderung des Baues von 100 Wohnungen von 400 000 Mk.; b) zur Beschaffung von Baumaterialien für die Herstellung von 100 Wohnungen die Summe von 800 000 Mk. aus Ansehungsmitteln zur Verfügung gestellt werde. Die Genossen Kaden und Stelling machten triftige Gründe dagegen geltend, daß der Staat nicht selbst bauen, sondern an die privaten Unternehmer große Zuschüsse leisten wolle. Von Stellung wurde es auch gefügt, daß man in Staatswohnungen den Mietern durch Vertrag die Kosten für die Reparaturen aufbürde. Schiller hatte das Vorhaben des Senates zu rechtfertigen. Die Vorlagen des Senates gelangten dann zur Annahme.

Eine längere Diskussion über das durch giftige Abwässer unterer Großindustrie, besonders des Hochofenwerkes, hervorgerufene Fischsterben in der Trave zeitigte der Senatsantrag hinsichtlich Grundstücksverkäufe mit dem Hochofenwerk. Dem Bürgerauschuß wurde ein Antrag von Niemann überwiesen, in dem um Abstellung der Missetat ersucht wird. Die Senatsvorlage auf Bewilligung von 30 000 Mk. für das Handwerker-Mittelheim gab Genosse Senze Gelegenheit, die gegenwärtig in vielen Fällen erfolgende Befreiung der Befreiung vom Besuch der Gewerbesteuer zu kritisieren. Die Ausbildung der Befreiung habe schon so erheblich unter den Kriegsverhältnissen. Kurz nach 9 Uhr war die Tagesordnung erledigt.

Zum Reichskommissar bei den Seemätern in Rostock und Lübeck ist, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, der Kaiserliche Kommandant z. D. Kühne mit Anweisung seines dienstlichen Wohnsitzes in Rostock ernannt worden.

Die Ausgabe der Lebensmittelerente, der Fleischkarten und der Brotkartenhefte betrifft eine Bekanntmachung des Polizeiamtes im Infanterieheft der heutigen Ausgabe unseres Blattes, auf die wir hierdurch besonders hinweisen wollen.

Aufgang der Feuerbestattungen. Die Zahl der Einäscherungen in den deutschen Bestattungen ist im August zum ersten Male nach längerer Zeit etwas gefallen. Der Unterschied gegen den gleichen Monat des Vorjahres ist aber gering und betrifft fast nur die größeren Bestattungen. Man führt die Abnahme auf örtliche Verhältnisse zurück; sie betrug 79 Einäscherungen. Im ganzen wurden 1024 vorgenommen, davon in Berlin 126, Bremen 56, Chemnitz 68, Koblenz 18, Dresden 57, Gera 31, Gotha 56, Hamburg 42, Kiel 3, Leipzig 72, Lübeck 9, Rammstein 23, Wismar 22, Stuttgart 38, Weimar 25, Zittau 41. In den deutschen Bestattungen sind bisher im ganzen 113 275 Einäscherungen vorgenommen worden.

Stroßensperrung. Wegen Auswechslung des Lübeck-Schlüter Eisenbahngeländes ist die Ueberfahrt in der Radeburger Allee am Mittwoch, den 9. d. Mts., nachmittags von 2 bis 6 Uhr für den Fußverkehrsverkehr gesperrt. Der Fußverkehrsverkehr wird in dieser Zeit über die Kastanienallee-Eisenstraße geleitet.

Kurse. Der Hausfrauenverein beschäftigt in diesem Winter Ausbildungskurse einzurichten über Vermögensverwaltung (Vorsicht mit der Bank, Verkehr mit dem Gericht und anderen Einrichtungen), über Buchführung, Geschäftsführung und andere wichtige Fragen des praktischen Lebens mit daran anschließenden schriftlichen Übungen. Die Zeitdauer der Kurse ist auf etwa zwei Monate berechnet, in wöchentlich dreimaligem Unterricht von je 1½ Stunden. Der erste Kursus beginnt Anfang November oder Ende Oktober. Nähere Auskunft wird erteilt durch die Vorsitzende des Hausfrauenvereins, Schildstraße 10/11.

\* Ein Portemonnaie gestohlen. Aus einem Hause in der Braunstraße ist gestern in der Zeit zwischen 1 und 6 Uhr nachmittags ein braunleernes Portemonnaie gestohlen worden. In dem Portemonnaie befand sich außer etwa 5 Mk. eine goldene Damenuhr mit langer Kette. An der Kette befand sich ein Schlüssel, auf welchem ein Stein saß. Außerdem ein rundes, graviertes Medaillon mit zwei Photographien. In dem Medaillon befindet sich eine Perle und Röhrlöcher.

\* Fahrraddiebstahl. Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist gestern ein auf der Hausdiele eines Hauses in der Großen Burgstraße hingestelltes gewöhnliches Fahrrad mit dem vom Polizeiamt gelieferten Nummernschildern 16689. Das Fahrrad, welches mit Gummibereifung versehen war, hat schwarzes Gestell und ebensolche Felgen. Auf dem Sattel befand sich eine rotgrüne Decke.

\* Verhaftet wurden zwei russisch-polnische Arbeiter, die in dem dringenden Verdacht stehen, einem in Lübeck wohnenden Landwirt zwei Treibriemen gestohlen zu haben.

Hamburg. Drei Personen durch Gas vergiftet. Am Montag mittag wurden im Hause Diebsteichstraße 13 die Frauen G. Teismig und G. Weiß, sowie ein Mann namens J. Meins tot aufgefunden. Sie hatten in selbstmörderischer Absicht den Gasapparat des Kochapparates abgenommen, in das Gas umgeben und erstickt.

